



K u r z b e r i c h t

über die

*99. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 1. April 2009,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Zunächst empfahl der Innen- und Rechtsausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Entwurf der Fraktion der FDP eines **Vorschaltgesetzes zur Neuregelung des Landesplanungsrechts**, Drucksache 16/2550, zur Ablehnung.

Sodann empfahl der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Entwurf eines Gesetzes zur **Änderung der Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein (LBO)** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/2523, abzulehnen.

Nach einer Diskussion nahm der Ausschuss die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zu **Aufgaben der Ämter und Zweckverbände in Schleswig-Holstein**, Drucksache 16/2324, abschließend zur Kenntnis. Er beschloss, grundsätzliche Verfahrensfragen im Zusammenhang mit der Beantwortung von Großen Anfragen in einer der nächsten Sitzungen mit dem Innenminister zu erörtern.

Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur **Verlängerung der Altfallregelung für Flüchtlinge aufgrund der Wirtschaftskrise**, Drucksache 16/2547, kam der Ausschuss überein, in einer der nächsten Sitzungen den Innenminister sowie den Flüchtlingsbeauftragten und einen Vertreter des Flüchtlingsrates zu bitten, mündlich vorzutragen.

Zu der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP zu **Gerichten und Staatsanwaltschaften in Schleswig-Holstein**, Drucksache 16/2390, sowie zum

Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Aufbewahrung von Schriftgut der ordentlichen Gerichte, der Fachgerichtsbarkeiten, der Staatsanwaltschaften, der Justizvollzugsbehörden und der Justizverwaltung (Justizschriftgutaufbewahrungsgesetz - JSchrAG -)**, Drucksache 16/2522, beschloss der Ausschuss, schriftliche Anhörungen durchzuführen. Er forderte die Fraktionen auf, Anzuhörende binnen einer Frist von drei Wochen gegenüber der Geschäftsführung zu benennen.

Zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur **Änderung kammer- und versorgungsrechtlicher Vorschriften**, Drucksache 16/2557, schloss sich der Ausschuss dem Verfahren des federführenden Finanzausschusses an.

Den Bericht der Landesregierung zum **Glücksspielwesen in Schleswig-Holstein**, Drucksache 16/2520, nahm der Innen- und Rechtsausschuss abschließend zur Kenntnis.

Schluss: 14:30 Uhr

gez. i. V. Thomas Wagner